



Europa-Wahlprogramm



ZUHÖREN. ABSTIMMEN. BEWEGEN.

Das sind unsere ProDG-Leitlinien für die künftige Europapolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Wir wollen Veränderung!

ProDG ist eine freie Bürgerliste, die über eine breite Basis verfügt. Die Menschen, die sich bei ProDG einbringen, kommen aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Bei uns kann jeder mitreden und mitentscheiden. Wir lassen uns nicht von starren Partei-Ideologien einengen, sondern sind unabhängig und arbeiten ideologieübergreifend. Wir treten ein für eine Gesellschaft, in der Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zusammengebracht werden; auf der Grundlage des gesunden Menschenverstandes.

Wir sind frei und offen für die Lösungsvorschläge aller politischen Richtungen und aller Partner im In- und Ausland, denn wir wollen beste Lösungen und beste Lebensbedingungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Unsere Entscheidungen treffen wir im Dialog mit den Menschen unserer Gemeinschaft und für die Menschen unserer Gemeinschaft. Die Grundwerte, von denen wir uns bei unseren europapolitischen Entscheidungen leiten lassen sind Freiheit, Solidarität, Mitmenschlichkeit und Nachhaltigkeit.

Es gibt nur einen einzigen Europaparlamentarier für die Deutschsprachige Gemeinschaft. Der einzige Europaparlamentarier muss ein Parlamentarier aller sein. Er muss überparteilich arbeiten und jedem Gehör schenken. Das ist die Stärke von ProDG.

UNSER 10-PUNKTE-PROGRAMM FÜR EINE STARKE DG IN EINEM STARKEN EUROPA

1. Für Frieden, Freiheit und Stabilität in einer handlungsfähigen EU

Europa ist mehr als Geld.

Die Europäische Gemeinschaft ist eine Vision, eine Vision eines friedlichen und zukunftsorientierten Europas. Die Grenzen wurden geöffnet, die Einführung des Euro sollte der Beginn einer neuen Ära werden. Und dann kam sie, die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, mit der eine verstärkte Hinwendung der Öffentlichkeit zu europäischen Themen erfolgte. Die verstärkte Berichterstattung in den Medien hat allerdings kein sehr positives Bild der Europäischen Union hinterlassen. Griechenland steht im Zentrum der europäischen Aufmerksamkeit, vor allem aber im Fokus der Euro-Kritiker. Es herrscht das Bild vor, dass die EU mehr Probleme schafft als sie löst. Und so steht auch die Diskussion über die Gegenwart und die Zukunft Europas im Zeichen der Euro-Krisenpolitik. Nach wie vor sind die Auswirkungen der Krise spürbar: Millionen Menschen in Europa sind arbeitslos. Sie fühlen sich in ihrer Existenz bedroht, während vor allem jüngere Menschen um Zukunftsperspektiven bangen. Die Menschen sind verunsichert. Es verläuft eine Bruchlinie zwischen wirtschaftlich stärkeren Regionen in Europa und Gebieten, in denen die geballte Wucht der Krise zu spüren ist.

Wir betrachten diese Entwicklungen mit wachsender Sorge. ProDG ist der festen Überzeugung, dass Europa für weit mehr steht als für eine gemeinsame Währung. ProDG bedeutet auch pro-europäisch. Die Deutschsprachige Gemeinschaft liegt im Herzen Europas. Für uns ist die EU ein Garant für Frieden und Freiheit, der uns Sicherheit, wirtschaftlichen Wohlstand, Mobilität und Raum zur Selbstverwirklichung gebracht hat. Doch auch wir sehen Handlungsbedarf. So zuversichtlich die Bronzestatue der griechischen Göttin „Europa“, die unserem Erdteil ihren Namen gegeben hat, vor dem Europäischen Parlament in Brüssel das Symbol des Euro in die Höhe hält und so einnehmend sie auf dem neuen 5-Euro-Schein auch strahlen mag, so sehr wankt das Vertrauen der Menschen gegenüber der Europäischen Union und ihren Akteuren. Die Zustimmungswerte sinken.

Die Ursache der Finanz- und Wirtschaftskrise liegt nicht allein in Europa (siehe dazu auch das Kapitel „Finanzen“ in unserem PDG-Wahlprogramm) ; allerdings weist die Europäische Union Konstruktionsfehler auf, die sie krisenanfällig macht. Das Vertrauen in die politischen Akteure auf europäischer Ebene schwindet. Um Strukturveränderungen in Gang zu bringen, werden in Europa neue Kräfte mit neuen Impulsen gebraucht. ProDG will verändern! Wir wollen ein handlungsfähigeres, sozialeres Europa, das auf Demokratie und Transparenz setzt.

2. Für einen starken, krisenbeständigen Euro und eine strenge Bankenaufsicht

Die Zeit ist reif für eine zukunftsorientierte gemeinsame Vision von Europa mit einer einheitlichen, koordinierten Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, die nach dem

Prinzip der Eigenverantwortlichkeit (Subsidiarität) regionale und nationale Besonderheiten berücksichtigt, um die Krise dauerhaft zu überwinden. Eine Rückkehr zu universellen Werten wie Freiheit, Solidarität, Mitmenschlichkeit und Nachhaltigkeit, die ProDG zu ihren Grundwerten der Europapolitik erklärt hat, muss gezielt und gemeinsam in Angriff genommen werden.

Die Jugendarbeitslosigkeit (vor allem in Südeuropa) ist erschreckend und bereitet auch den Jugendlichen in der DG Sorgen. Das Gefälle zwischen arm und reich wird grösser. Immer wieder werden neue Länder ins Spiel gebracht, die sich unter den Rettungsschirm begeben müssen. Ein vereinigtes Europa braucht die richtige Balance zwischen länderübergreifender Solidarität und Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten.

Angesichts der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise muss Europa außerdem neue Regeln und Kontrollmechanismen einführen, die zum Ziel haben, die EU-Bürger in Zukunft vor ähnlichen Fehlentwicklungen zu schützen. Denn die europäischen Staaten haben zugelassen, dass ausschließlich auf Gewinnmaximierung und Profit ausgerichtete Spekulanten auf den globalisierten Finanzmärkten ihr Unwesen getrieben haben und diese in die Krise geführt haben. ProDG ist der festen Überzeugung, dass z.B. eine europaweite Finanztransaktionssteuer notwendig ist, um maßlosen Spekulanten Einhalt zu gebieten (siehe dazu auch das Kapitel „Finanzen“ in unserem PDG-Wahlprogramm).

Spekulationen auf Nahrungsmittel sind unvereinbar mit unseren Werten. Daher lehnen wir diese entschieden ab. Wasser und Grundnahrungsmittel sind die Lebensgrundlage aller Menschen. Ihre Verfügbarkeit und ein bezahlbarer Preis sind lebensentscheidend und daher nicht verhandelbar.

Auch Devisengeschäfte sind oftmals Spekulationsgeschäfte. Wechselkurse sollten zum Schutz der Währungen langfristige realwirtschaftliche Tendenzen widerspiegeln statt kurzfristiger spekulativer Erwartungen. Daher brauchen wir eine europaweite Steuer auf internationale Devisengeschäfte in Anlehnung an die Tobin-Steuer, um Spekulationen auf Währungsschwankungen einzudämmen.

Wir brauchen zudem Euro-Bonds, um uns gemeinsam gegen das international organisierte Spekulantentum schützen zu können.

Klare, verbindliche Bilanzierungsregeln und die Einschränkung der Kreditschöpfungsfähigkeit von Banken z.B. durch eine Anhebung der Mindestreserven von Zentralbanken sind nach den Erfahrungen der Krise unerlässlich. Sparguthaben und private Altersvorsorge müssen geschützt werden. Dafür braucht die EU eine unabhängige Bankenaufsicht, die die europäischen Finanz- und Kapitalmärkte kontrolliert.

Außerdem braucht die EU einen regulierten Markt für Finanzprodukte. Vorrangiges Ziel von Geschäftsbanken sollte es sein, sich auf die Vergabe von Krediten an die Realwirtschaft zu konzentrieren. ProDG ist für ein Verbot von hochspekulativen Finanzprodukten wie beispielsweise den forderungsbesicherten Wertpapieren ABS, CDS und CDO, die unter anderem zur Immobilienkrise in den USA beigetragen haben.

Wir befürworten außerdem den Aufbau einer unabhängigen öffentlich-rechtlichen Ratingagentur in Europa, um das Abhängigkeitsverhältnis der Eurozone von US-amerikanischen Ratingagenturen zu lösen.

ProDG fordert sowohl eine vollkommene Transparenz der Arbeit und Entscheidungsfindung der europäischen Gremien wie z.B. des Gouverneursrats des ESM als auch eine Einbeziehung des EU-Parlaments in deren Entscheidungen. So lange nationale Regierungen den EU-Ländern rigide Finanz- und Spardiktate verordnen; so lange die gewählten Europaabgeordneten, die direkten Vertreter der Menschen, bewusst bei diesen Entscheidungen umgangen werden, so lange fehlt es an Demokratie in Europa!

Es muss gelingen, die Staatsfinanzen der Krisenländer zu sanieren und die Staatsverschuldung der EU-Mitgliedstaaten nachhaltig einzuschränken. Gleichzeitig muss aber auch dafür gesorgt werden, dass Staaten auch weiterhin in zukunftsweisende Projekte investieren dürfen. Solche Zukunftsinvestitionen müssen deshalb von den Verschuldungs- und Defizitobergrenzen ausgenommen werden. Wir brauchen allerdings finanzpolitische Prioritäten. Steuergelder müssen angesichts der immer älter werdenden Bevölkerung in wirklich zukunftsweisende Politikfelder wie Bildung, Gesundheit und Soziales investiert werden. Ansonsten droht der EU ein sozialer Kahlschlag. Um die strukturellen Defizite in den Krisenländern zu beseitigen und zu einem wirtschaftlichen Gleichgewicht in der Eurozone beizutragen, brauchen wir dringend ein gezieltes Konjunktur-, Aufbau- und Investitionsprogramm für Europa.

Dafür ist eine Revision der aktuellen ESG-Normen (SEC95-Normen) notwendig, damit Investitionen in wichtige Dienstleistungen weiterhin getätigt werden können. Die Haushalte der neun deutschsprachigen Gemeinden und der Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden beispielsweise auf der Grundlage dieser Normen demnächst gemeinsam, d.h. konsolidiert, bewertet. Die europäischen Auflagen bewirken, dass Investitionen buchhalterisch nicht mehr (wie in der Privatwirtschaft) über mehrere Jahre abgeschrieben werden dürfen, sondern in einem einzigen Jahr verbucht werden müssen. Verschärft wird die Situation durch die Vorgabe an die EU-Mitgliedstaaten ab 2015 in jedem Jahr einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen, und die Schuldenbremse, die uns zwingt, ganz auf anrechenbare Anleihen zu verzichten. Dies wird sich wesentlich auf die künftigen Investitionen der DG und der Gemeinden auswirken. Demzufolge werden nämlich beispielsweise Investitionen, wie die DG sie in den letzten Jahren in den Schulbau getätigt hat, bereits ab dem kommenden Jahr unmöglich. Wichtige Investitionen in öffentliche Infrastrukturen werden künftig nach den aktuellen EU-Vorgaben nur noch sehr begrenzt möglich sein, wodurch wesentliche Dienstleistungen im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich, auf kultureller Ebene und im Straßenbau ernsthaft gefährdet sind: eine beunruhigende Nachricht für die Privatwirtschaft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, d. h. für die vielen selbstständigen Handwerker und mittelständischen Unternehmen, die in der Vergangenheit Aufträge der öffentlichen Hand ausgeführt haben. Letzten Endes gefährden diese Vorgaben das Wirtschaftswachstum im ganzen Land und darüber hinaus. Darunter werden wiederum die Kaufkraft und die Beschäftigung leiden, was möglicherweise zu einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen führt, was zusätzliche Ausgaben der öffentlichen Hand erforderlich macht. Diese wird aber gleichzeitig von

der EU angehalten, Gewinne zu erwirtschaften. Sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben sind jedoch für die Gewinnerzielung keine idealen Voraussetzungen, schon gar nicht, wenn zeitgleich der Schuldenabbau beschleunigt werden muss. Das ganze Szenario gleicht einem Teufelskreis. Für ProDG sind Staaten nicht der Gewinnerzielungsabsicht, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet. Wir fordern daher, dass die Austeritätspolitik auf europäischer Ebene gelockert wird, damit es zumindest wieder möglich wird, Investitionen in grundlegende, wichtige Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Soziales, Kultur und Straßenbau zu tätigen. Die Lösung kann jedenfalls nicht darin bestehen, wichtige öffentliche Investitionen zu privatisieren.

In der Zwischenzeit müssen wir uns Gedanken machen, welche alternativen Investitionsformen es für die Deutschsprachige Gemeinschaft geben könnte, um all die Dienstleistungen abzusichern, auf die unsere Bevölkerung aufgrund ihrer Steuern einen berechtigten Anspruch hat.

3. Für Transparenz, effizientere EU-Strukturen und Bürokratieabbau sowie Korruptionsbekämpfung

Für viele Bürgerinnen und Bürger ist die Europäische Union undurchschaubar. In den Augen vieler hat sie sich zu einem unübersichtlichen Ungetüm entwickelt, dessen 28 Mitgliedsstaaten längst nicht mehr dasselbe Ziel vor Augen haben. Die Distanz zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den politischen Eliten der EU ist offenkundig: Viele große Entscheidungen kommen oft gar nicht erst bei den Menschen an; viele haben das Verständnis für ein Europa verloren, das einen undurchsichtigen Wust an Regelungen und Bürokratie hervorgebracht hat. Dem Informationsdefizit müssen die EU und das EU-Parlament durch erhöhte Transparenz nach innen und außen entgegenwirken. Prozeduren müssen vereinfacht werden. Gegen Bürokratiehürden muss gezielt vorgegangen werden. ProDG steht daher für die Stärkung des Prinzips der gelebten Subsidiarität im Sinne einer Stärkung der Bürgernähe.

Wir sind außerdem für eine striktere Kontrolle der EU-Agenturen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass die europäischen Institutionen effizient und kostensparend arbeiten und alle EU-Mittel ordnungsgemäß verwendet und in wirtschaftlicher Weise verwaltet werden. So muss beispielsweise teure Doppelarbeit vermieden werden. Auch der wirksamen und systematischen Bekämpfung von Betrug, Korruption und allen anderen rechtswidrigen Handlungen, durch welche die Interessen der EU und unserer Volkswirtschaften geschädigt werden und für die letztendlich die Steuerzahler aufkommen müssen, messen wir einen hohen Stellenwert bei. In der EU wird der durch Korruption verursachte Schaden laut dem von EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström veröffentlichten Bericht zur Bekämpfung der Korruption in den EU-Mitgliedsstaaten auf 120 Milliarden Euro beziffert; drei Viertel der EU-Bevölkerung gab in Umfragen an, dass in ihrem Land Korruption weit verbreitet ist. Häufig betroffen ist der Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe. Und auch Förderungsbetrug und -missbrauch muss vom Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung streng bestraft werden. Europaweit geltende Richtlinien zur Korruptionsbekämpfung scheiterten allerdings bisher am Widerstand der Mitgliedsstaaten.

Kosteneffizienz bedeutet für uns auch, dass die Arbeit des Europäischen Parlaments auf Brüssel konzentriert werden soll. Die Abgeordnetenpendelei zum zweiten Parlamentssitz in Straßburg lehnen wir aus Kostengründen und mit Blick auf die CO2-Bilanz ab.

Außerdem sind wir für verpflichtende Anwesenheiten für Europaparlamentarier.

4. Für eine starke EU in der Welt

Angesichts der Erweiterung der Europäischen Union in den letzten Jahren und der schlimmen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise muss die EU eine neue Vision von Europa entwickeln, um weiterhin als Schlüsselfigur auf dem internationalen Parkett mitspielen zu können. Denn spätestens seit Web 2.0, Facebook und Twitter sind die Grenzen dieser Welt fließend.

Nach wie vor hat das europäische Demokratie- und Friedensmodell der Einheit in der kulturellen Vielfalt Vorbildcharakter. Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, soziale Gerechtigkeit und der soziale Zusammenhalt in Europa sind die Bereiche der Zukunft. Ohne grundlegende Fortschritte in diesen Politikfeldern kann die EU sich mittelfristig nicht weiterentwickeln. In Zeiten einer globalisierten Wirtschaft, die sich über staatliche Grenzen hinweggesetzt hat, ist ein gemeinsames Vorgehen zur Bewältigung globaler Herausforderungen unerlässlich. Die EU darf sich nicht auf ihre Rolle als Wirtschaftsgemeinschaft beschränken.

Energiepolitik

Europa muss im Kampf gegen den Klimawandel eine weltweite Führungsrolle übernehmen. ProDG bekennt sich daher zu einer EU-weiten Umwelt- und Klimaschutzpolitik und dem Prinzip der Nachhaltigkeit. Die Erneuerbare-Energien-Richtlinie der EU schreibt vor, dass ein bestimmter Anteil des Energieverbrauchs durch erneuerbare Energien abgedeckt werden muss. Die Klimaziele der EU sind für uns Minimalziele.

Eine weitestmögliche Energieunabhängigkeit der Europäischen Union von nicht-europäischen Lieferanten ist dringend notwendig. Ölkartelle, fossile Energie-Oligopole und nukleare Monopole lehnen wir als undemokratisch ab.

Wir setzen uns für eine Sensibilisierung der EU-Bevölkerung für Energiesparmaßnahmen, Energieeffizienz und eine verstärkte zielgerichtete europaweite Förderung erneuerbarer Energien ein. Unser Ziel ist eine größtmögliche Unabhängigkeit von externen Energielieferungen wie Erdöl und Erdgas. Unser langfristiges Ziel ist außerdem mit Blick auf vergangene Katastrophen wie der in Fukushima und die Bedrohung durch marode Alt-AKW's ein weitestgehend atomfreies Europa. Wir befürworten daher die Festlegung eines verbindlichen Fahrplans für einen schnellstmöglichen Atomausstieg. Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist das umso sinnvoller, da der Verbrauch von endlichen fossilen und von nuklearen Energieressourcen unsere Gesundheit und den europäischen Lebensraum belastet.

Die Versorgungssicherheit der europäischen Bevölkerung muss gewährleistet sein. Daher ist verstärkt in die Forschung nach Alternativen zu den heute verfügbaren erneuerbaren Energien, dem richtigen Energie-Mix und einer adäquaten zwischenstaatlichen Energieversorgung innerhalb der EU mit der dazugehörigen Infrastruktur zu investieren. Dabei ist uns wichtig, dass auch bei der Nutzung erneuerbarer Energien die Biodiversität nicht gefährdet werden darf. Zudem dürfen erneuerbare Energieträger wie beispielsweise Biomasse nicht in Konkurrenz zu Nahrungsmitteln und sonstigen landwirtschaftlichen Produkten stehen.

Insbesondere Energieträger, deren Auswirkungen auf die Umwelt wahrscheinlich negativ sind, sollten nicht eingesetzt werden, bis die Unbedenklichkeit in unabhängigen objektiven Untersuchungen erwiesen wurde. Jegliche Form der Bereitstellung von Energie muss höchsten Sicherheitsanforderungen gerecht werden. Wir befürworten daher die Einrichtung solcher Sicherheitsstandards auf EU-Ebene.

Im Sinne des Endverbrauchers befürworten wir zudem eine europaweit transparente Preisgestaltung und die Offenlegung des Energie-Mixes.

Wir sind außerdem für die allgemeine Einführung des Verursacherprinzips auf ökologischer Ebene (Müllentsorgung, CO₂-Ausstoß, usw.) und setzen uns für die Förderung zukunftsfähiger Transportarten und eine Reduktion der Treibhausgasemissionen ein. Wir wollen einen schonenden Umgang mit den wertvollen natürlichen Ressourcen unseres Planeten. Dazu gehören auch das Prinzip der Müllvermeidung, das intelligente Recycling und das Ziel, unseren ökologischen Fußabdruck weitestgehend zu reduzieren.

Die Energiewende kommt nicht nur dem Umweltschutz zu Gute, sondern kann ebenfalls auf ökonomischer Ebene als Job-Motor fungieren und die Wirtschaft ankurbeln. Die Förderung erneuerbarer Energien muss daher im Sinne der Europäischen Regionalentwicklung sehr viel gezielter als bisher bei der Verteilung der Strukturfonds Berücksichtigung finden.

Datenschutz

Der Skandal um das massive Ausspähen von europäischen Bürgern und Institutionen durch den US-Geheimdienst NSA hat bewiesen: Daten müssen weltweit sicherer werden. Alle EU-Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass ihre Daten geheim bleiben. Mit der neuen europäischen Datenschutzverordnung, die die EU-Bevölkerung besser vor Eingriffen in ihre Privatsphäre schützen soll und Unternehmen, die in der EU aktiv sind – egal, wo sich ihr Sitz befindet - rechtlich bindet, zieht die EU Konsequenzen aus der Abhöraffaire. Trotzdem schützt die neue Verordnung nicht gegen jegliche Form der Ausspähung durch ausländische Geheimdienste. Die EU muss daher vermehrt in die europäische IT-Sicherheit und -Infrastruktur investieren, um sich an die technologische Entwicklung der digitalen Welt anzupassen.

Internationale Handelspolitik

Für alle Handelsabkommen der EU gilt, dass das Europäische Parlament als einzige, direkt gewählte, demokratische Institution der EU bei der Handelspolitik in gleichberechtigter Weise in die Verhandlungen eingebunden sein muss.

Die Gewährung günstiger Bedingungen für strukturell und wirtschaftlich schwache Handelspartner sowie die nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen und die Förderung der Menschenrechte in allen Partnerregionen sollte stets integraler Bestandteil der EU-Nachbarschafts- und -entwicklungspolitik sein. Wir wollen faire Handelsabkommen mit Drittländern – nicht solche, die einseitig wirtschaftliche Interessen verfolgen.

Das Transatlantische Freihandelsabkommen (offiziell: Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (THIP))

Von dem seit Mitte 2013 - nach mehrheitlicher Zustimmung von Sozialdemokraten, Konservativen und Liberalen im Europäischen Parlament - von der EU-Kommission verhandelten, zum Teil scharf kritisierten Transatlantischen Freihandelsabkommen versprechen sich Wirtschaftsvertreter in der EU und den USA mehr Wachstum und Arbeitsplätze, da der entstehende Handelsraum 50 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung und ein Drittel des Welthandels umfassen würde. Die EU und die USA wollen durch das Abkommen ihre weltwirtschaftlichen Marktanteile sichern.

Freihandel ist eine der größten Errungenschaften der EU. Der europäische Binnenmarkt hat die EU zu einer der stärksten Wirtschaftsmächte der Welt heranwachsen lassen und uns grenzenlose Mobilität gebracht. Daher sind Freihandelsabkommen wie das derzeit verhandelte zwischen der EU und den USA nicht grundsätzlich abzulehnen, allerdings wollen wir keinen Freihandel um jeden Preis!

So sieht das Handelsabkommen die gegenseitige Anerkennung gesetzlicher Standards vor. Für ProDG darf ein Handelsabkommen allerdings in der EU nicht zu einer Reduzierung der Standards in den Bereichen Verbraucher- und Gesundheitsschutz, Lebensmittelsicherheit, ressourcenschonender Umwelt- und Klimaschutz, nachhaltige Landwirtschaft, Tierschutz, Datenschutz, Arbeitsrecht, der sozialen Sicherheit etc. führen. Unter keinen Umständen dürfen die niedrigsten Standards zur Richtschnur werden. In der Realität kann das nämlich bedeuten, dass die strengen europäischen Standards beispielsweise bezüglich Gentechnik, Klonen und der hormonellen Behandlung von Nutztieren aus marktwirtschaftlichen Gründen abgeschwächt werden müssen ("nach unten vereinheitlicht werden") und schlimmstenfalls solche Lebensmittel ungekennzeichnet auf unseren Tellern landen. Durch ein derartiges Handelsabkommen dürften US-Konzerne in Europa verkaufen, was auch in den USA verkaufen werden darf – und umgekehrt. Stattdessen müssen die strengen europäischen Standards Grundlage aller Verhandlungen sein, denn der Erhalt und die Stärkung der Lebensqualität der europäischen Bevölkerung sind für ProDG ausschlaggebend.

Die THIP sieht außerdem in ihrer jetzigen Form Investoren-Staat-Schiedsgerichtsverfahren vor, in denen Konzernen die Möglichkeit gegeben wird, Staaten zu verklagen, wenn beispielsweise durch staatliche Eingriffe Gewinnerwartungen geschmälert werden könnten. Solche Verfahren sind bereits heute aufgrund bilateraler Investitionsabkommen möglich. Da solche zusätzlichen Klagemöglichkeiten Missbrauchspotenzial bergen und auch jetzt schon ein hoher

Rechts- und Investitionsschutz in der EU und in den USA gewährleistet ist, sollte ein derartiges Verfahren nicht Bestandteil des Abkommens sein.

Die zu erwartenden positiven wirtschaftlichen Effekte des transatlantischen Freihandelsabkommens in seiner bisher bekannten Form sind für die Bevölkerung der EU-Länder im direkten Vergleich mit den Nachteilen gering.

Auch die massive Einflussnahme der Wirtschaftslobby, die die Interessen der Konzerne vertritt und einen besseren Einblick in die Verhandlungen hat als viele gewählte Parlamentarier, können wir nicht befürworten. So wird das Handelsabkommen unter Ausschluss der Öffentlichkeit hinter verschlossenen Türen, ohne demokratische Kontrolle verhandelt. EU-Kommissar Karel De Gucht teilte zwar mit, dass jeder Verhandlungsschritt öffentlich bekanntgegeben worden ist, die verhandelten Inhalte sind allerdings nicht öffentlich einsehbar. Auch Parlamentarier des Europaparlaments oder der nationalen Parlamente haben keine Möglichkeit, die Verhandlungen zu verfolgen oder die Verhandlungstexte einzusehen. Ist das Abkommen einmal ausgehandelt, darf das Europäische Parlament dem vorliegenden Vertrag nur zustimmen oder ihn ablehnen. Diese undemokratische Verfahrensweise lehnen wir ab!

EU-Erweiterung

Beitrittskriterien für eine fortschreitende Erweiterung der EU und eine Mitgliedschaft in der EU müssen für ProDG (neben der europäischen Geschichte) u.a. eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte, Gleichberechtigung, Minderheitenschutz und Meinungsfreiheit sein.

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU

Nicht zuletzt der Ukraine Konflikt und das damit verbundene Scheitern der EU-Russlandpolitik haben gezeigt, dass es der EU weiterhin an außen- und sicherheitspolitischer Handlungsfähigkeit fehlt, wo kriegerische Auseinandersetzungen, sicherheitspolitischen Herausforderungen, Terrorismus und organisierte Kriminalität auf der Tagesordnung stehen. Für ProDG sind die Förderung von Demokratie, Rechtstaatlichkeit, Menschenrechten und der friedlichen Lösungsfindung in der europäischen Nachbarschaft ausschlaggebend.

Ausgehend u.a. von der Flüchtlingstragödie vor der italienischen Insel Lampedusa und der Vorgehensweise der Europäischen Agentur FRONTEX zur Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen, ist bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme nicht nur eine größere Solidarität zwischen den EU-Ländern gefragt, sondern auch eine konsequente Einhaltung humanitärer Standards und die Ablehnung menschenverachtender Praktiken.

Die Handlungsunfähigkeit liegt zum Teil in einer viel zu rasch vorangetriebenen Erweiterung der EU begründet, die nicht mit einer grundlegenden Reform der inneren Strukturen einhergegangen ist. Die EU hat heute mehr denn je große Schwierigkeiten damit, sich selbst als Gemeinschaft zu definieren. Zu unterschiedlich

sind die Interessen der verschiedenen Mitgliedsländer, zu groß ist der Einfluss von Interessenverbänden und Lobbyisten. Eine neue Vision des Europas der Zukunft ist dringend notwendig.

5. Für eine starke DG in einem Europa der Regionen und die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

70 Prozent der Vorschriften, die unseren Alltag bestimmen, stammen aus der Feder der EU: Es beginnt am Flughafen während der Handgepäckkontrolle und endet bei den Glühbirnen, die wir zuhause nicht mehr verwenden dürfen.

Für ProDG ist die kulturelle und sprachliche Vielfalt Europas unser größtes Plus. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu leben, in Brüssel, der Wallonie, Flandern oder dem Ausland zu studieren, in Deutschland oder Luxemburg zu arbeiten und in den Niederlanden vom vielfältigen Kulturangebot zu profitieren – und das ohne Grenzen – ist für viele von uns gelebte Normalität: ein Europa par excellence als Antwort auf die Einwände der EU-Skeptiker.

Allerdings ist die räumliche Nähe zur Grenze noch lange kein Garant für das Entstehen von Austausch und Kooperationen auf Bürgerebene oder zwischen verschiedensten Organisationen und Betrieben. So ist auch das Potenzial der Euregio Maas-Rhein, der Benelux-Union oder der Grossregion Saar-Lor-Lux noch lange nicht ausgeschöpft. Immer noch gibt es eine Reihe von Hürden, die dem Austausch und der Zusammenarbeit der Partnerregionen mit ihren verschiedenen Sprachen, Kulturen und Verwaltungsstrukturen im Wege stehen und die es zu überwinden gilt. Viele Einwohner der DG müssen eine Ländergrenze überqueren, um zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen. Dabei sehen sie sich mit Herausforderungen und Hindernissen wie Steuerfragen oder Fragen der Krankenversicherung konfrontiert, die nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Gemeinsam grenzüberschreitende Lösungen zu erarbeiten und voneinander zu lernen, um eine höhere Lebensqualität zu erreichen, ist ein erklärtes Ziel von ProDG. Herausforderungen wie beispielsweise die Tourismusförderung, die Gesundheitsversorgung, die zunehmende Pflegebedürftigkeit der immer älter werdenden Bevölkerung oder der Fachkräftemangel sind Handlungsfelder, die vor allem in Grenzregionen wie der unsrigen leichter gemeinsam anzugehen sind als alleine. So ist die Erarbeitung von gemeinsamen, mehrsprachigen Ausbildungswegen ein ernstzunehmendes Handlungsfeld, um für das benötigte Fachpersonal der Zukunft zu sorgen.

Die kulturelle und sprachliche Vielfalt in Europa eröffnet viele Chancen, denn sie fördert Kreativität, Innovation und die wirtschaftliche Entwicklung. Damit einher geht, dass dem Schutz der Kulturen in Europa - auch der von Minderheiten - eine besondere Bedeutung zukommt. Die Vielfalt der Kulturen und Sprachen darf in Europa nicht als Hindernis verstanden werden, sondern als Bereicherung für alle Bürgerinnen und Bürger der EU. Die Europäische Union muss sich daher in Zukunft dafür einsetzen, verstärkt den kulturellen und sprachlichen Austausch in all seinen Formen zu fördern. Auf dieser Ebene kann gerade die DG eine wichtige Brückenfunktion übernehmen und bereits heute eine Vorreiterrolle spielen.

Die europäischen Regionen sind der Motor der EU. Die meisten Bürger fühlen sich mit ihrer Region sehr eng verbunden. Wir setzen uns daher ein für ein Europa der Regionen, in dem eine Kultur des Austauschs gepflegt wird: Wer stark ist vor Ort, ist stark in Europa. Nach unserer festen Überzeugung kommt die Aufwertung der Regionen Europas der gesamten EU zu Gute und bringt den Menschen Europa wieder ein Stück weit näher. Aus den Regionen, wo Europa und grenzüberschreitende Zusammenarbeit gelebte Realität ist, können neue, positive Impulse für den europäischen Einigungsprozess kommen. Konkret bedeutet das, dass der politische Einfluss der Regionen und damit das Prinzip der Subsidiarität in europäischen Entscheidungsprozessen nachhaltig gestärkt werden muss und dem Ausschuss der Regionen (AdR) ein größeres Gestaltungsrecht zugestanden werden sollte. Bei einer erneuten Revision der EU-Verträge muss die Stärkung der Regionen gezielt Berücksichtigung finden.

6. Für den Schutz unserer Landschaft und der natürlichen Ressourcen, gesunde Lebensmittel und die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe

Landwirtschaft

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) bis 2020 ist einer der ältesten und wichtigsten Politikbereiche der EU und macht mehr als 40% des EU-Haushalts aus. Alle 7 Jahre wird die GAP reformiert: Die kommende Periode läuft von 2014 bis 2020. Dabei geht es hauptsächlich um zwei Bereiche: Die Unterstützung der Landwirte durch Direktzahlungen, die vermehrt Umweltauflagen berücksichtigen, und die Förderung der ländlichen Räume.

Mit Blick auf das Handelsabkommen zwischen den USA und der EU, das Türen für Agrar-Exportschlachten zu Dumpingpreisen öffnen und europäische Landwirte zusätzlich unter Wettbewerbsdruck setzen würde, ist für ProDG der Schutz regional-verankerter, kleinbäuerlicher und ökologischer Landwirtschaft besonders wichtig. Wir bekennen uns zu einer Landwirtschaft, die langfristig die Biodiversität und die natürlichen Ressourcen schont und den über 500 Millionen Einwohnern der EU einen gesunden Lebensraum, qualitativ hochwertige Produkte und Ernährungssicherheit bietet. ProDG bekennt sich außerdem zu gentechnikfreien Lebensmitteln und Anbauflächen sowie einer artgerechten Tierhaltung.

Die Formen der Landwirtschaft sind vielfältig in der EU und reichen von Viehzucht in Schottland hin zu Olivenbaumplantagen in Griechenland. Der Bedarf ist somit sehr unterschiedlich. Die Bedeutung der Landwirtschaft für den Schutz unserer Landschaft und der Umwelt ist jedoch unverkennbar: Über 77 % der Grundfläche der Europäischen Union ist entweder landwirtschaftliche Nutzfläche oder Wald und gilt damit als ländlicher Raum. Die Hälfte der Bevölkerung Europas lebt in diesen ländlichen Gebieten. Sie sind Lebens-, Arbeits- und Erholungsraum. 12 Millionen Landwirte, die üblicherweise in Familienbetrieben arbeiten, gibt es in der EU.

Doch landwirtschaftliche Betriebe in der EU sehen sich nicht nur mit ökologischen, sondern auch mit wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert. Vor allem kleinere

landwirtschaftliche Familienbetriebe können den Hürden der Regulierungswut der EU und dem Wettbewerbsdruck oft nicht mehr Stand halten und müssen um ihre Existenz fürchten. Auch in der DG ist die Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe, von denen zurzeit drei Viertel im Kanton St. Vith zu finden sind, in den letzten Jahren gesunken: ein bedauerlicher Trend, dem wir unsere Aufmerksamkeit schenken.

Mit dem Auslaufen der Milchquote im Jahr 2015 und der damit verbundenen Abschaffung der Begrenzung der Milchproduktion wird auch der europäische Milchmarkt zunehmend liberalisiert. Der Absatz der produzierten Milchmengen ist somit nicht mehr gesichert. Wir erkennen daher den Bedarf, vor allem kleinere milcherzeugende landwirtschaftliche Familienbetriebe in Europa auch nach dem Auslaufen der Regelung angemessen zu unterstützen, um ihre Existenz abzusichern. So ist es in unseren Augen wichtig, dass ihre Verhandlungsmacht im Sinne von fairen Preisen gestärkt wird, so dass sie den Milchabnehmern und dem Einzelhandel nicht schutzlos ausgeliefert sind.

Die neu eingerichtete EU-Beobachtungsstelle für den Milchmarkt, die die Milchpreisentwicklung auf europäischer sowie internationaler Ebene verfolgen und zahlreiche Analysen liefern soll, halten wir für sinnvoll, denn die europäische Agrarpolitik muss in Krisensituationen auf dem Milchmarkt - z.B. bei größeren Marktschwankungen auf dem Weltmarkt – zeitnah reagieren können. Wir befürworten daher, dass die EU-Beobachtungsstelle nicht nur beobachten sollte, sondern ebenfalls die Befugnis erhält, in den Milchmarkt regulierend einzugreifen.

Wir wollen angemessene Preise für die Verbraucher, aber auch angemessene Einkommen in einer zukunftsorientierten Landwirtschaft, die EU-weit über 40 Millionen Menschen eine Beschäftigung bietet.

Gentechnik

Bei Umfragen stößt der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen wie z.B. Soja, Mais, Raps oder Baumwolle auf Widerstand. Gentechnikfrei beworbene Anbauzonen gelten als Gütezeichen. Befürworter argumentieren, dass bei wachsender Weltbevölkerung gentechnisch veränderte Pflanzen dazu beitragen könnten, den Hunger auf der Welt zu bekämpfen - etwa durch besondere Widerstandsfähigkeit gegen Klimaveränderungen in ärmeren Ländern. Auch als Energiequelle könnten Genpflanzen dienen.

ProDG steht gentechnisch veränderten Pflanzen jedoch sehr skeptisch gegenüber. Wir sehen - zum Teil aus Mangel an wissenschaftlichen Erkenntnissen und Langzeitstudien - Gefahren für die Umwelt, die Vielfalt unserer Natur und die Gesundheit von Mensch (z.B. Entstehen neuer Allergien, Antibiotikaresistenzen...) und Tier. Wir wollen daher nicht, dass solches Saatgut auf unsere Äcker kommt. Wir sind für ein klares Nein zu gentechnisch veränderten Pflanzen wie z.B. Mais 1507, selbst wenn sie ein Zulassungsverfahren durchlaufen, bevor sie auf dem Markt und in den Magen kommen. ProDG fordert hingegen in diesem Kontext mehr Informationen, mehr Debatten, mehr Transparenz und weniger Zulassungen.

7. Für einen starken Mittelstand und die Bekämpfung eines Europas der Lobbyisten

ProDG erkennt die Notwendigkeit, die Standortbedingungen in den europäischen Regionen - vor allem in wirtschaftlich schwächeren Gebieten - zu stärken, beispielsweise durch die gezielte Förderung von Bildung und Forschung. So sollten die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds verstärkt dazu genutzt werden, die gesamteuropäische Wettbewerbsfähigkeit wiederzubeleben, in Forschung und Entwicklung zu investieren, die berufliche Aus- und Weiterbildung zu fördern, zielgerichtete Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung zu ergreifen, die grenzüberschreitende Kooperation zu stärken und in regionales Wachstum und Innovationen zu investieren, wobei ein Hauptschwerpunkt auf den Schutz und die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen als Motor der europäischen Wirtschaft gelegt werden sollte. Über 90 Prozent aller Unternehmen der Europäischen Union haben weniger als 10 Beschäftigte.

Um dem Fachkräftemangel gezielt entgegenzuwirken, muss zudem die gegenseitige Anerkennung von Diplomen in den EU-Mitgliedstaaten vorangetrieben werden.

ProDG erkennt außerdem die Bedeutung der weiteren Vernetzung der innereuropäischen Verkehrsinfrastruktur und des grenzüberschreitenden Öffentlichen Personenverkehrs an, um die Mobilität von Arbeitnehmern und Gütern in der EU zu fördern.

Eine weitere Herausforderung besteht auf dem Gebiet des Abbaus der rechtlichen und administrativen Hürden für Grenzgänger (z.B. in Steuerfragen), die regelmäßig zwischen Wohnsitz- und Beschäftigungsland pendeln.

ProDG setzt sich ein für eine wettbewerbsfähige, vereinte EU.

Wir wollen keinen Steuerwettbewerb und damit Unternehmensverlagerungen zwischen EU-Staaten. Gegen Steuerparadise und Steuerhinterziehungen muss gemeinsam gezielt angegangen werden.

Wir brauchen eine koordinierte Wirtschaftspolitik auf EU-Ebene. Soziale Gerechtigkeit, faire Löhne und ökologische Nachhaltigkeit sind Werte, auf die sich die EU zurückbesinnen muss. ProDG befürwortet die europaweite Einführung von Mindestlöhnen, um Lohn- und Sozialdumping in Europa weitestgehend verhindern zu können.

Dem Lobbyismus müssen währenddessen klare Grenzen gesetzt werden. Wir wollen kein Europa der Konzerne, Banken und Bürokraten, sondern ein lebenswertes Europa, das den Menschen in den Mittelpunkt rückt. ProDG macht sich daher stark für eine Offenlegung und Bekämpfung der überproportionalen Einflussnahme von Interessenverbänden und Lobbyisten auf politische Entscheidungen auf EU-Ebene. Wir befürworten ein verpflichtendes und regelmäßig von unabhängiger Stelle geprüftes EU-weites Lobby-Register, um transparente Entscheidungsprozesse zu gewährleisten und den demokratischen Prozess zu schützen. Insofern diese Transparenz gegeben ist, erkennen wir den Wert einer Konsultation von Interessenvertretern, wie beispielsweise von Nichtregierungsorganisationen oder

Unternehmensverbänden, als Bestandteil des politischen Meinungsbildungsprozesses an.

8. Für ein sozialeres Europa der Chancen und Perspektiven

Die EU muss sich den aktuellen, sozialen Herausforderungen stellen:

- im Rahmen einer gemeinsamen Beschäftigungspolitik (vor allem um die hohe Arbeitslosigkeit der Jugend und weiterer Risikogruppen, wie beispielsweise ältere Arbeitnehmer und niedrig Qualifizierte, und die damit verbundene Perspektivlosigkeit durch (Re-)Integrationsprojekte zu bekämpfen);
- im Rahmen einer gemeinsamen Lösungssuche bei der drohenden Überalterung der Gesellschaft;
- im Rahmen eines gemeinsamen Vorgehens gegen jegliche Form von Diskriminierung aufgrund von Rasse, Herkunft, Sprache, Alter, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung...;
- im Rahmen des Schutzes der europäischen Minderheiten als Aufgabe der Europäischen Union im Rahmen der Erhaltung des sprachlichen und kulturellen Reichtums;
- im Rahmen einer menschenwürdigen Einwanderungspolitik und verbesserter Einbürgerungsmöglichkeiten für Menschen mit einem Migrationshintergrund.

Wir wollen eine sozial-gerechte, solidarische EU, die Fortschritt, sozialen Zusammenhalt und Chancengleichheit fördert. Die Europäische Union kann nur dann eine gute Zukunft haben, wenn sie im Interesse der Bürgerinnen und Bürger ein lebenswertes Europa schafft und sich an den Bedürfnissen der Europäerinnen und Europäer orientiert. Wir wollen ein demokratischeres Europa der Regionen für die Bürgerinnen und Bürger.

Europa soll das Leben einfacher gestalten, und sowohl den Austausch als auch das Verständnis zwischen den Kulturen fördern, um Frieden zu garantieren.

Da jeder 7. Europäer Teil einer Minderheit ist, befürworten wir die Einrichtung des Amtes eines EU-Kommissars für den Minderheitenschutz.

Wir von ProDG sind überzeugt, dass wir nicht nur eine europäische Wirtschaftsunion brauchen, sondern auch eine Sozialunion, mit der die Menschen sich wieder identifizieren.

Wir wollen Europa - fernab von Richtlinien zum Verbrauch von Glühbirnen und zur Leistung von Staubsaugern - den Einwohnern der Deutschsprachigen Gemeinschaft wieder ein Stück weit näher bringen.

Vor allem aber wollen wir ein Europa, das den Menschen wieder Perspektiven bietet. Dafür bedarf es einem politischen Kurswechsel, denn nicht zuletzt aufgrund der Mängel der neoliberalen Krisenpolitik sind die Armutszahlen in Europa in den letzten Jahren stark gestiegen.

Mit Blick auf die europäischen Krisenländer brauchen wir ein weitreichendes europäisches Konjunktur- und Aufbauprogramm, nicht zuletzt für die wirtschaftlich schwächsten Regionen in Europa.

Für ProDG ist Bildung eine der besten Investitionen in die Zukunft unseres Kontinents und muss daher Teil jeder sinnvollen Strategie zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sein. So wollen wir das Erreichen des Ziels, die Schulabbrecherquote bis 2020 auf weniger als 10% zu senken, gezielt vorantreiben. Wir befürworten zudem das Konzept der europäischen Jugendgarantie, nach dem alle jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer Ausbildung oder nachdem sie arbeitslos geworden sind, eine Arbeitsstelle, einen Ausbildungsplatz, ein Praktikum oder eine Fortbildung erhalten sollen.

9. Für einen überparteilichen Vertreter im Europäischen Parlament, der für die gesamte DG mit einer Stimme spricht

Die DG verfügt über einen einzigen Europaparlamentarier. Der Vertreter unserer Bevölkerung im EU-Parlament darf sich nicht in das enge Korsett einer einzigen Partei zwängen lassen. Er muss in der Lage sein, überparteilich zu wirken und zwischen unterschiedlichen Standpunkten und Parteien zu vermitteln. Ansonsten wird er nur einen kleinen Teil unserer Bevölkerung vertreten können. Er muss unabhängig von Parteikarten arbeiten und ALLE Menschen vertreten. ProDG ist ein Garant für Bürgernähe und ideologieübergreifendes Arbeiten.

Wir sind mehr als nur christlich, nur grün, nur sozial, nur liberal. Wir sind SOWOHL für Freiheit, ALS AUCH für soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Wir orientieren uns dabei an den wesentlichen Grundsätzen der christlichen Soziallehre.

Wir sind eine freie und offene Bürgerliste für alle Bürgerinnen und Bürger der DG, die im Konsultationsprozess und über Parteigrenzen hinaus Lösungen entwickelt und breite Mehrheiten sucht.

Wir lehnen es ab, dass unser Europaparlamentarier dem Fraktionszwang einer politischen Gruppierung im Europäischen Parlament unterliegt. Wir sehen eine große Chance für die Deutschsprachige Gemeinschaft darin, dass ProDG im Rahmen einer kleinen Fraktion im Europäischen Parlament seiner Stimme ohne Fraktionszwang Gehör verschaffen kann.

Wir wollen die Interessen der gesamten Deutschsprachigen Gemeinschaft in Brüssel vertreten, im Sinne eines richtigen Europas der Regionen.

Wir wollen einen breiten Konsens in europapolitischen Fragen. Das ist die Stärke von ProDG. Dafür setzen wir uns ein. Unser Abstimmungsverhalten im Europäischen Parlament werden wir daher konsequent den Bürgerinnen und Bürgern der DG transparent machen. Wir geben der DG eine Stimme in Europa, mit dem Ziel, Europa den Bürgerinnen und Bürgern der DG wieder ein Stück weit näher zu bringen.

10. Für ein demokratischeres Europa, das die Bürgerinnen und Bürger einbezieht

Wir setzen uns ein für einen breiten Konsultationsprozess zu europapolitischen Entscheidungen mit direkten Auswirkungen auf die DG, der sowohl die Bürgerinnen und Bürger der DG als auch die Volksvertreter des gesamten DG-Parlaments mit

einbezieht. Wir sehen es als unsere Verpflichtung, einen möglichst breiten Konsens zu erzielen und gemeinsame Standpunkte nach Brüssel zu tragen. Unser Ziel ist es, dass die DG mit einer Stimme spricht, damit sie auf europäischer Ebene gehört wird.

Wir verstehen die Abwendung vieler Menschen von Europa als ein Warnsignal. Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union fühlen sich machtlos gegenüber den europäischen Entscheidungsprozessen. Nicht zuletzt die Krisenpolitik hat gezeigt, dass die Entscheidungen - an der Zivilgesellschaft und an den direkt gewählten Vertretern des Europäischen Parlamentes vorbei - im Europäischen Rat von den Staats- und Regierungschefs und somit zentralistisch von den regierenden nationalen politischen Parteien getroffen werden. Wir wollen eine direktere Bürgerbeteiligung und damit mehr Demokratie. Europa muss von der Basis getragen werden: von den Bürgerinnen und Bürgern in den einzelnen Regionen. Viele Entscheidungen auf Ebene der EU wirken sich unmittelbar auf das Leben in der DG aus, allerdings ohne dass die Bürgerinnen und Bürger in den Entscheidungsprozess eingebunden werden und nachvollziehen können, wie und weshalb diese Entscheidungen zu Stande gekommen sind. Die bisher in der EU vertretenen Parteien und Abgeordneten haben diese Fehlentwicklung mit zu verantworten. Daher braucht es neue politische Kräfte, die der Bürgernähe in der EU wieder den Stellenwert geben, der ihr zusteht.

Die Europäische Bürgerinitiative als besondere Form von direkter Demokratie unterstützen wir und möchten wir weiter ausbauen. Eingereicht werden können Bürgerinitiativen, die mindestens von 1.000.000 Unionsbürgern aus sieben verschiedenen Mitgliedstaaten unterstützt werden, wodurch die Kommission aufgefordert ist, das jeweilige Thema auf die politische Agenda zu setzen.

Die so genannten „first-reading agreements“, die mit dem Lissabon-Vertrag als Ausnahme eingeführt wurden, mittlerweile aber einen Großteil aller europäischen Rechtsakte ausmachen, können wir nur in tatsächlich dringenden Fällen gutheißen. Diese Methode sieht vor, dass Rechtsakte in informellen Verhandlungen zwischen Kommission, Parlament und Rat erarbeitet und dem Parlament nur noch als Paket zur Zustimmung oder Ablehnung vorgelegt werden. Das beschleunigt zwar das Gesetzgebungsverfahren, allerdings zu Lasten der politischen Debattenkultur und der demokratischen Entscheidungsfindung. Die „first-reading agreements“ stellen damit einen demokratiepolitischen Rückschritt dar.

Wir setzen uns für mehr Demokratie auf europäischer Ebene ein, was nur erreicht werden kann, wenn:

- das Europäische Parlament ein größeres Gewicht im Verhältnis zum Rat der Europäischen Union sowie der Kommission und ein tatsächliches gesetzgebendes Initiativrecht erhält.
- eine stärkere Einbeziehung regionaler Interessen in europäische Entscheidungsprozesse stattfindet und damit eine stärkere Identifizierung der Menschen mit Europa ermöglicht wird.
- die EU die Menschen mitnimmt: eine Wahlbeteiligung von lediglich 43 % der Wahlberechtigten (2009) zeugt von einem enormen Informationsdefizit. Europa darf

nicht länger ein wenig greifbares und unverständliches Projekt der politischen Eliten, Bürokraten und Lobbyisten sein. Wir sind für ein transparentes Europa.

Wir befürworten das Aufstellen gemeinsamer Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten durch die traditionellen, europäischen Parteien, um die demokratische Legitimation des Kommissionspräsidenten zu gewährleisten, weisen aber nachdrücklich darauf hin, dass in der EU in mehrfacher Weise ein Ungleichgewicht zwischen Machtkompetenz und demokratischer Legitimation besteht.

Die parlamentarische Demokratie muss dringend gestärkt werden:

Das Europäische Parlament ist der Ort, an dem die Sorgen der Menschen Gehör finden müssen und in dem über die Zukunft der Europäischen Union kontrovers debattiert werden und entschieden werden muss. Doch der Kurs der Europäischen Union wird zurzeit von den Staats- und Regierungschefs und dem Ministerrat bestimmt. Dieser Kurs ist wegleitend für die Gesetzgebungsvorschläge der Europäischen Kommission, deren Mitglieder wiederum von den einzelnen Mitgliedstaaten bestellt werden. Diese minimalisierte Rolle des Europäischen Parlaments - und damit der direkt gewählten Abgeordneten - ist für ProDG nicht akzeptabel und Zeichen eines Konstruktionsfehlers der Europäischen Union.

Die Bürgerinnen und Bürger fühlen, dass ihre Stimme in Europa nicht die gewünschte Berücksichtigung findet. ProDG macht sich daher stark für eine Einbindung des Europäischen Parlaments in die Verhandlungen zu internationalen Abkommen und eine vollkommene Transparenz der Arbeitsweise und Entscheidungsfindungsprozesse der europäischen Gremien wie z.B. des Europäischen Rates und des Gouverneursrats des ESM. Eine stärkere Einbindung des Europäischen Parlaments bei den Entscheidungen über die Gewährung von Finanzhilfen und die Abschaffung der Troika-Delegation (bestehend aus Experten der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds), der es an juristischer und demokratischer Legitimation und an Kontrolle fehlt, wäre ein erster, wichtiger Schritt.

Eine Aufwertung des Parlaments in zentralen europäischen Fragen könnte helfen, den bedauerlichen Trend einer immer niedrigeren Wahlbeteiligung umzukehren.

ProDG präsentiert sich zur Umsetzung dieses ambitionierten Programms bei den Wahlen zum Europäischen Parlament vom 25. Mai 2014 mit einem engagierten und kompetenten Team.

Abkürzungen

ABS = Finanzprodukt - forderungsbesichertes Wertpapier

AdR = Ausschuss der Regionen

AKW = Atomkraftwerk

CDO = Finanzprodukt - forderungsbesichertes Wertpapier

CDS = Finanzprodukt - forderungsbesichertes Wertpapier

CO₂-Austoss/-Bilanz = Gesamtbetrag von Kohlenstoffdioxid-Emissionen

DG = Deutschsprachige Gemeinschaft

ESM = Europäischer Stabilitätsmechanismus (Teil des dauerhaften Euro-Rettungsschirms)

ESVG = Einheitliches buchhalterisches „Europäisches System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“ (in Französisch SEC genannt), das dem Vergleich der Volkswirtschaften in der Europäischen Union dient.

EU = Europäische Union

Euregio Maas-Rhein = Ein Zusammenschluss im Grenzraum Belgien, Deutschland, Niederlande rund um die Städte Lüttich, Aachen und Maastricht

GAP = Gemeinsame Agrarpolitik der EU

IT = Informationstechnik (Informations- und Datenverarbeitung)

NSA = Auslandsgeheimdienst der Vereinigten Staaten

PDG = Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Saar-Loor-Lux-Region = Ein Zusammenschluss des Saarlands, Lothringens, Luxemburgs, Rheinland-Pfalz, der Wallonie sowie der Deutschsprachigen Gemeinschaft

THIP = Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft

Troika = Seit der Eurokrise wird das Dreigespann aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank sowie Internationalem Währungsfonds als Troika bezeichnet.

US(A) = Vereinigte Staaten von Amerika